

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES
Band: - (2011)
Heft: 2: Japajn und nun?
Artikel: Jetzt die Wende : eine Energieversorgung ohne nukleare Risiken ist möglich
Autor: Brand, Rafael
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-586338>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Jetzt die Wende: Eine Energieversorgung ohne nukleare Risiken ist möglich

Der atomare Super-GAU in Fukushima zeigt in aller Deutlichkeit, mit welchen Risiken und Gefahren die Atomenergie verbunden ist. Das Restrisiko ist nicht der unwahrscheinlichste Fall, sondern eine real existierende Gefahr mit katastrophalen Folgen. Für die SES ist klar: Es braucht nun einen klaren Beschluss für den Atomausstieg und konsequente Schritte hin zu einer Schweizer Energiepolitik ohne nukleare Risiken.



Von **RAFAEL BRAND**
E&U-Redaktor, info@scriptum.ch

In Fukushima ist das Unfassbare geschehen. Welche katastrophalen Folgen der Super-GAU letztlich haben wird, dürfte noch länger unklar bleiben. Denn der Atom-GAU in Fukushima ist eine schleichende Katastrophe, mit ein paar Explosionen am Anfang, aber nicht mit der «Dramatik» von Tschernobyl. Täglich wird ein wenig mehr Radioaktivität freigesetzt, werden Hunderte von Arbeitern verstrahlt. Ab und zu dreht der Wind vom Meer aufs Land, aber Tokio und die Millionen von EinwohnerInnen der Hauptinsel Honshū könnte man im Notfall ohnehin nicht evakuieren.

Die atomare Katastrophe von Fukushima Daichi wird uns noch lange beschäftigen. Zu Recht. Denn in Fukushima ist einmal mehr geschehen, was laut AKW-Betreibern und Sicherheitsbehörden quasi ausgeschlossen werden und lediglich mit einem Restrisiko von 1 zu 1 Millionen eintreten kann.

Die SES fordert den Atomausstieg

«Die SES ist von den Ereignissen in Japan tief betroffen. In Japan findet nebst der gewaltigen Naturkatastrophe ein atomares Desaster statt. Das ganze Ausmass der Katastrophe ist bis heute nicht abschätzbar», schrieb die Schweizerische Energie-Stiftung SES in einer ersten Medienmitteilung.¹ Klar ist, dass aus dem Super-GAU von Fukushima die Lehren und Konsequenzen zu ziehen sind. Die SES dazu: «Dass wir aus der Atomtechnologie – so schnell es geht – aussteigen müssen, ist eigentlich keine Frage mehr. Die Frage ist nur bis

wann, respektive wie schnell der Ausstieg aus der Atomenergie zu schaffen ist.»

Die SES stellt zwei Forderungen in den Mittelpunkt, die sie an alle Beteiligten der anstehenden energiepolitischen Debatte und an den Bundesrat richtet:

- Von Bundesrat und Parlament verlangt die SES einen verbindlichen Beschluss für den Atomausstieg sowie ein Bekenntnis, den Ausstieg so schnell wie möglich umzusetzen.
- Die drei Rahmenbewilligungsgesuche für neue AKW sind von den Stromkonzernen Alpiq, Axpo und BKW zurückzuziehen. Eine Sistierung reicht nicht. Es gilt, sich grundsätzlich vom Bau neuer AKW zu distanzieren.

Für die SES ist aber auch klar, dass politische Mehrheiten nur zu gewinnen sind, wenn der Ausstieg aus der Atomenergie geordnet und realistisch geplant wird. «Ein sofortiger Ausstieg ist angesichts der politischen Verhältnisse eher eine Illusion», erklärt Geschäftsleiter Jürg Buri die SES-Position: «Was wir aber unbedingt wollen, ist ein verbindlicher und rascher Entscheid für den Atomausstieg.»

Dass der Atomausstieg machbar, bezahlbar und die bessere Option ist, ist keineswegs neu: Entsprechende Energieszenarien sowie Studien zum Potenzial von Energieeffizienz und Erneuerbaren liegen seit längerem auf dem Tisch (siehe S. 8/9). Die SES hat zudem – zusammen mit der Umweltallianz WWF, Pro Natura, Greenpeace und VCS – an der Pressekonferenz vom 12. Mai 2011 ein entsprechendes 10-Punkte-Programm präsentiert und aufgezeigt, dass eine Energieversorgung ohne nukleare Risiken möglich und bereits in naher Zukunft, das heisst bis ins Jahr 2035, realistisch umsetzbar ist. Alle Unterlagen zur Medienkonferenz vom 12. Mai und das 10-Punkte-Programm sind auf www.energiestiftung.ch zu finden.

Es sind nun Taten gefragt

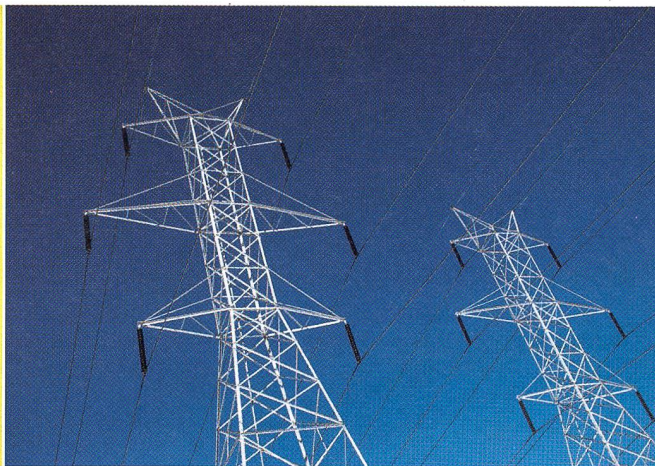
SES-Geschäftsleiter Jürg Buri vertritt als Präsident auch die Allianz «Nein zu neuen AKW», der aktuell 36 Organisationen angehören, darunter die SP Schweiz, die Grüne Partei, die Christlich-soziale Partei (CSP)

Hintergründe & Dossiers zum Atom-GAU in Japan

- www.spiegel.de > Themen > Katastrophe in Japan
- www.nzz.ch > Hintergrund > Dossiers > Jahrhundertkatastrophe über Japan
- www.beobachter.ch > Dossiers > GAU in Japan

1 SES-Medienmitteilung vom 14. März 2011
2 www.nein-zu-neuen-akw.ch
3 NZZ-Folio, Nr. 4/2001. Moritz Leuenberger: Taktik, Hoffnung oder Vernunft?

NO!



Der Atomausstieg ist machbar. Das 10-Punkte-Programm der SES und der Umweltallianz weist den Weg in die Energiezukunft: Es braucht klare Ziele bezüglich Energieeffizienz sowie Erneuerbaren. Hierfür müssen beispielsweise nun rasch intelligente Stromnetze (Smart Grids) realisiert werden.

sowie alle wichtigen Umwelt- und Anti-Atom-Organisationen. Damit der Atomausstieg gelingt, «sind nun Taten gefragt!», so die klare Forderung an den Bundesrat und ans Parlament. Die Allianz will zudem, dass die Sicherheit der bestehenden Schweizer AKW rigoros überprüft wird: «Es ist sicherzustellen, dass eine solche Katastrophe in der Schweiz ausgeschlossen werden kann.» Vor allem auch ist die Allianz der festen Überzeugung, dass die Unfall- und Notfallszenarien bezüglich der geplanten drei neuen Schweizer AKW in keiner Weise genügend sind. Jürg Buri als Präsident der «Allianz Nein zu neuen AKW» dazu: «Wenn es Bundesrätin Doris Leuthard mit der Sicherheit der schweizerischen Bevölkerung ernst meint, dann

muss sie die Gesuche ablehnen.»² Die Schweiz kann auf neue AKW verzichten. «Es gibt unzählige Massnahmen, die zum Ziel führen. Nun ist es an den PolitikerInnen, sich für eine nachhaltige Energiepolitik ohne neue AKW zu bekennen, den geeigneten Massnahmenmix für die Schweiz zusammenzustellen und umzusetzen», bringt es die Allianz «Nein zu neuen AKW» auf den Punkt.

Tiefe Betroffenheit: Kommt der Atomausstieg?

«Das Desaster in Japan bedeutet einen Einschnitt in die weltweite Energiepolitik», ist alt Bundesrat Moritz Leuenberger überzeugt: «Der GAU von Japan ist ein Wendepunkt. Die Zäsur ist da.»³



Nachgefragt bei Stefan Füglister, Atom-Experte im Auftrag von Greenpeace

E&U: Was bedeutet der Super-GAU von Fukushima bezüglich Restrisiko? Wurde bislang falsche Sicherheit vorgetäuscht, respektive das Restrisiko falsch errechnet?

« In den letzten Tagen bin ich einer interessanten Definition des Begriffs Restrisiko begegnet. «Restrisiko» bezeichne nicht nur das bewusst in Kauf genommene Risiko, sondern auch das falsch eingeschätzte und das nicht erkannte Risiko. Übersetzt auf Fukushima heisst das: Die Tsunami-Gefahr wurde bewusst in Kauf genommen, die Folgen falsch eingeschätzt und die möglichen Probleme mit den Brennelement-Becken nicht erkannt. Heute stellen Forscher fest, dass in Japan die schweren Beben nicht dort auftreten, wo sie erwartet werden. Primär sind Wahrscheinlichkeitsrechnungen und Modellrechnungen also Beruhigungsspielen. »

E&U: Die Atomkatastrophe wurde auf die höchste Stufe 7 angehoben. Es gibt Befürchtungen, dass in Fukushima letztlich mehr Radioaktivität entweichen könnte als in Tschernobyl. Wie schätzen Sie das ein?

« Im Grunde genommen haben wir es mit drei INES-7-Fällen zu tun. Aus drei der vier Reaktoren entweichen über 100'000 TBq (Terabecquerel), bei Reaktor 4 mit dem Brennelementbecken ist die Situation unklar. Wir haben es also mit mindestens drei akuten Risikoherden zu tun, aus denen nach wie vor ein Terabecquerel pro Stunde an die Umwelt entweichen soll. Mit jedem Tag zusätzlicher Freisetzung nähern wir uns den Tschernobyl-Werten an. Tepco

machte anfangs April das Ausmass der Freisetzungen von den Einleitungen ins Meer abhängig. »

E&U: Wie sehen Sie die Chancen, dass die verbleibenden radioaktiven Stoffe jemals sicher verschlossen werden können?

« Was üblicherweise mit dem Begriff «sicherer Verschluss» umrissen wird, ist eine geordnete, kontrollierte Form der Langzeitlagerung. Die Atomspezialisten von Fukushima sind aber meilenweit von diesem Ziel entfernt. Vielmehr wird sich wie in Tschernobyl Provisorium an Provisorium reihen, bis die Nachzerfallswärme nachgelassen hat, und dann wird man sich im nächsten Jahrhundert wohl den Kopf zerbrechen, wie man die geschmolzene, hochradioaktive Kernmasse in ein abschirmendes Gefäss bringen kann. »

E&U: Wie lange wird der Kampf gegen den Atom-GAU noch dauern?

« Tepco, die Betreiberfirma, rechnet mit 6 bis 9 Monaten. Spezialisten bezeichnen dies als optimistische Annahme. Der Alltag in den Reaktoren ist geprägt von instabilen Druckverhältnissen, Wasserständen und Temperaturschwankungen. Dies sind Indikatoren für weitere Risiken in drei schwer in Mitleidenschaft gezogenen Reaktoren. Man wird mit aller Vorsicht versuchen müssen, eine konstante Kühlung der Reaktorkerne zu erzielen und Verhältnisse zu schaffen, um die Lecks zu dichten. Erst dann wird wohl der Bau einer neuen Hülle – eines Sarkophags – überhaupt erst in Angriff genommen werden können. »

Gesuche für neue AKW: In aller Eile in die Schublade

«Sicherheit hat oberste Priorität», erklärte Bundesrätin Doris Leuthard, Vorsteherin des Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) eiligst nach dem Atom-GAU in Fukushima. Bereits drei Tage später – nach einem Treffen mit Experten – beschloss die Energieministerin als «Sofortreaktion» die laufenden Verfahren rund um die Gesuche für drei neue Schweizer AKW zu sistieren. Das Bundesamt für Energie (BFE) dazu: «Die Sistierung gilt, bis die Ursachen des Unfalls in Japan analysiert, die Sicherheitsstandards der schweizerischen Kernkraftwerke überprüft und allenfalls an neue Erkenntnisse angepasst sind.» Das UVEK ist vom Bundesrat nun beauftragt, drei neue Energieszenarien – als Fortsetzung der 2007 publizierten Energieperspektiven – zu erarbeiten. Erste Resultate werden bis Juni erwartet. Zwei der drei Szenarien beinhalten den Atomausstieg («kein Ersatz der bestehenden Kernkraftwerke am Ende ihrer Betriebszeit»), und gar den vorzeitigen Ausstieg («bestehende Kernkraftwerke werden vor Ende ihrer sicherheitstechnischen Betriebszeit abgestellt»).

Derzeit wird auch die Sicherheit der Schweizer AKW überprüft, vor allem hinsichtlich der Erdbebensicherheit sowie der Kühlung der Reaktoren. Ob die Sicherheitskriterien verschärft werden, liess Doris Leuthard bislang offen, sprach sich aber für «100-prozentige Sicherheit» aus. Offen ist auch, wann das Eidgenössische Nuklearinspektorat (ENSI) seine Sicherheitsanalyse vorlegen wird. Doris Leuthard nannte keinen Termin. Die Betreiber der Schweizer Atomkraftwerke haben die Unterlagen fristgerecht eingereicht, die das ENSI bis Ende März gefordert hatte.

Quellen: NZZ, 15. März 2011, BFE-Medienmitteilung, 23. März 2011.

Die Betroffenheit ob dem Atom-GAU in Fukushima war gross und quer durch die Politlager spürbar. Und tatsächlich – so scheint es zumindest – ist bis tief ins bisher atomfreundliche Politlager ein grundlegender energiepolitischer Wandel spürbar (s. auch Seiten 10/11). BDP-Präsident Hans Grunder beispielsweise will den Atomausstieg, und dies «ohne Wenn und Aber». Eine eigentliche Kehrtwende vollzog allen voran die FDP Schweiz, die nun Szenarien für eine Versorgung ohne Kernenergie prüfen und Alternativen

aufzeigen will. «Neue AKW sind in der Schweiz für lange Zeit nicht mehr mehrheitsfähig», so die Schlussfolgerung von FDP-Präsident Fulvio Pelli: «Durch die Situation in Japan hat man zur Kenntnis nehmen müssen, dass es in der Atomenergie zu Phänomenen kommen kann, die nicht mehr beherrschbar sind.»⁴ Auch innerhalb der CVP gibt es ganz klare Äusserungen für den Atomausstieg: So ist es für CVP-Parteipräsident Christophe Darbellay gar nicht mehr «eine Frage ob, sondern wann und wie die Schweiz ohne Atomkraft auskommt».⁵

Die atomkritischen Organisationen, die SP Schweiz, die Grün-Liberalen und die Grünen sehen sich in ihrer bisherigen Energiepolitik bestätigt. Die Zukunft gehört den Erneuerbaren: «Atomkraft ist von gestern. Atomkraftwerke sind gefährlich, das Problem mit dem strahlenden Müll ist nicht gelöst», schreibt zum Beispiel die Grüne Partei Schweiz. Die Grünen fordern deshalb den vollständigen Ausstieg aus der Atomenergie und haben die Lancierung einer Volksinitiative beschlossen. Und die SP Schweiz präsentierte Ende März ihre «Roadmap» für den geordneten Atomausstieg. Im Zentrum steht ein Ausstiegsgesetz, welches auch ein Bauverbot neuer AKW beinhaltet. Ausserdem sollen die Erneuerbaren gezielt ausgebaut und die Stromeffizienz verbessert werden. Bis Ende 2025 würden alle Schweizer AKW ausser Betrieb genommen.⁶

Sondersession im Juni:

Hitzige Debatte zum Atomausstieg

Während der nächsten Sommersession (am 8. Juni) werden sich der National- wie auch Ständerat anlässlich einer Sondersession mit der Kernenergie und



Nachgefragt bei Armin Braunwalder, Energie-Experte und ehemals Präsident «Strom ohne Atom» und «Moratorium Plus» (2003)

E&U: Die Betroffenheit ob dem Atom-GAU in Fukushima ist und war gross: Wie schätzen Sie die Chancen ein, dass die Schweiz nun den Atomausstieg tatsächlich beschliesst?

« Die Chance für den geordneten Rückzug aus der Atomenergie war bestimmt schon lange nicht mehr so gross wie heute. Ich bin allerdings auch realistisch geworden. Die PolitikerInnen und die BürgerInnen vergessen und verdrängen schnell. Der Fukushima-Effekt wird abklingen, je weiter weg der tatsächliche politische Entscheid für einen geordneten Atomausstieg liegt. Dieses «Spielen auf Zeit» ist bereits im Gange. Zudem haben wir ein Wahljahr und da kommen den bürgerlichen Politikern wohltonende Statements leichter über die Lippen als nach den Wahlen. »

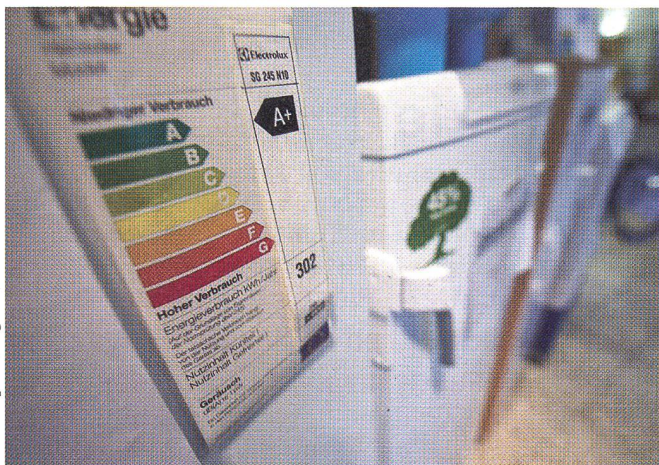
E&U: Wo sehen Sie die wichtigen, neuen politischen Koalitionen, damit der Atomausstieg beschlossen wird?

« Man muss jetzt jene bürgerlichen PolitikerInnen, die sich für einen Atomausstieg aus dem Fenster lehnen, beim Wort nehmen. Ich gestehe diesen politischen Kräften durchaus Ernsthaftigkeit zu. Man muss ihnen klar machen, dass das letzte AKW nicht erst am Sankt-Nimmerleins-Tag abgeschal-

tet werden kann. Darauf laufen die Vorstellungen von BDP, CVP und auch Grün-Liberalen nämlich hinaus. Ein Ausstiegshorizont 2050/2055 ist absurd. Das würde nämlich bedeuten, dass das letzte und «neueste» AKW Leibstadt nach mehr als 60 Betriebsjahren vom Netz genommen würde. Das käme zur vorgesehenen Laufzeit von 60 Jahren für die AKW Gösigen und Leibstadt, die übrigens fernab jeder demokratischen Kontrolle festgelegt wurden, einer Laufzeitverlängerung von fünf bis zehn Jahren gleich! Das ist unter jedem Gesichtspunkt inakzeptabel. »

E&U: Zu welchen Kompromissen müssen die atomkritischen Polit- und Umweltkreise allenfalls bereit sein?

« Es müssen sich alle bewegen. Die grün-linken Parteien und die Umweltorganisationen müssen akzeptieren, dass der Atomausstieg etwas länger dauert, als sie es sich mit dem Jahr 2025 wünschen. Die vernünftigen politischen Kreise im bürgerlichen Lager müssen einsehen, dass es mit dem Atomausstieg nicht so lange dauern darf, wie sie das zurzeit propagieren. Damit führen sie das Publikum an der Nase herum. Realistisch und machbar ist für mich ein Ausstiegshorizont 2030/2035. Das schaffen wir – wenn wir es politisch wollen! »



Die Schweiz kann ohne Probleme auf neue AKW verzichten, wenn die Politik endlich konsequente Schritte hin zu mehr Energieeffizienz und Erneuerbaren macht. Es braucht nun eine griffige Lenkungsabgabe auf Strom, klare Vorgaben, damit nur «Best-Geräte» auf den Markt gelangen sowie einen Masterplan für Erneuerbare.

wohl auch mit dem Atomausstieg befassen müssen. Insgesamt wurden über 100 Vorstösse, Postulate, Motionen und parlamentarische Initiativen eingereicht. Diese fordern den Atomausstieg, die vorübergehende Abschaltung der drei ältesten Schweizer AKW oder betreffen u.a. die Sicherheit der Kernkraftwerke und die «Unabhängigkeit» der ENSI. Wie viele und welche parlamentarischen Vorstösse behandelt werden, war bei Redaktionsschluss noch offen.

Auf die Atomkatastrophe in Japan, die tiefe Betroffenheit und die politischen Versprechungen müssen nun Taten folgen: Die SES erwartet und fordert anlässlich der Sondersession von den eidgenössischen ParlamentarierInnen vor allem eines, nämlich dass der Atomausstieg tatsächlich beschlossen, und dieser geordnet und geplant in die Wege geleitet wird.

Die SES, die Allianz «Nein zu neuen AKW» und die Umweltallianz setzen ihre Hoffnungen insbesondere auf zwei Vorstösse aus dem bürgerlichen Polit-Lager: auf die Motion des Walliser CVP-Nationalrats Roberto Schmidt und auf diejenige von BDP-Präsident Hans Grunder. Beide wollen, dass keine Rahmenbewilligungen mehr für neue AKW erteilt werden dürfen, was faktisch dem Atomausstieg gleichkommt. «Es braucht jetzt diesen Grundsatzentscheid», ist BDP-Präsident Hans Grunder überzeugt: «So erhalten die Energiekonzerne klare Vorgaben und können ihre Strategie anpassen und den Ausstieg aus der Kernenergie planen.»

Die beiden Motionen könnten gute Chancen haben, im Parlament Mehrheiten zu gewinnen. Nebst SP, BDP, Grünen und Grün-Liberalen ist auch mit der Unterstützung der CVP zu rechnen, die ja ebenfalls per Motion Schmidt den Bau neuer AKW stoppen will. So weit so gut: Der Atomausstieg ist noch keineswegs beschlossen und die Sondersession wird wohl eine sehr hitzige werden...

Kommt es zur Energie-Revolution?

Die Hoffnungen sind berechtigt, die Chancen sind gut. Klar aber ist auch, dass Atom-Hardliner wie Christian Wasserfallen und Filippo Leutenegger nach wie vor im Parlament sitzen, die rückwärtsgewandte SVP weiterhin vor allem ans Hier und Jetzt und an sich selber denkt, statt an die Zukunft unserer Kinder. Die AtombefürworterInnen im Parlament werden versuchen, den Atomausstieg zu verhindern – und wollen «Gras drüber wachsen lassen». Trotz Lippenbekenntnissen: Tatsache ist, dass die Atomlobby (und der Atomfilz rund um nuklearforum, ForumVERA, AVES und swissnuclear) ihre Haltung pro Atomenergie nicht grundlegend geändert hat – und auch die Pläne für neue AKW nicht eigentlich begraben will. Politik und Volk werden dies übernehmen müssen. Kommt es an der Sondersession zum Atomausstieg, käme dies einer energiepolitischen Revolution gleich, die wegweisend sein wird. – Nur zu gerne würden wir uns überraschen lassen!

Sonntag, 22. Mai 2011

**MENSCHENSTROM
GEGEN ATOM**

Die Zukunft ist 100% erneuerbar!

Gemeinsam, gewaltfrei und zu Fuss für eine erneuerbare Zukunft ohne neue Atomkraftwerke!

Am 22. Mai 2011 findet zum zweiten Mal die gewaltfreie Grossaktion «MenschenStrom gegen Atom» statt, dieses Jahr im Kt. Aargau. Zwei Routen sind rund ums AKW Beznau, Zwischenlager für radioaktiven Abfall (ZWILAG) und Paul-Scherrer-Forschungsinstitut (PSI) geplant. Die kürzere Route wird besonders familienfreundlich gestaltet sein. Am Kundgebungsort ist ein Rahmenprogramm mit RednerInnen, Musik, Imbiss und Kinderprogramm vorgesehen. Motivieren Sie Familie, Bekannte, Freunde für den MenschenStrom. Jede Person zählt!

Infos unter: www.menschenstrom.ch

- 4 NZZ, 17. März 2011, Pelli hält AKW-Weg für nicht mehr gangbar.
- 5 www.news.ch/Christophe+Darbellay+Mehr+Schub+fuer+Schweiz+ohne+Atomenergie/484742/detail.htm
- 6 www.grunliberale.ch/doku/medien/2011/mm20110416_atom_de.pdf
<http://www.gruene.ch/web/gruene/de/positionen/umwelt/energie/atom.html>
www.sp-ps.ch/ger/Medien/Communiqués/2011/SP-Schweiz-praesentiert-Roadmap-zum-geordneten-Atom-Ausstieg